

Kölner Haus- und Grundbesitzerverein von 1888

Verband der privaten Wohnungswirtschaft

Hohenzollernring 71-73, 50672 Köln

Tel: 0221 5736-110, Fax: 0221 5736-203

sekretariat@koelner-hug.de | www.koelner-hug.de



Pressedienst

An die Lokalredaktionen

Köln, den 25.01.2016

Verschärfung des Kooperativen Baulandmodells

Frontalangriff auf die Wohnungswirtschaft

Die Fraktionen von CDU und Grünen haben als Grundlage ihre Gestaltungsbündnisses festgelegt, dass das Kooperative Baulandmodell verschärft werden soll. Danach soll es schon für alle Bauvorhaben gelten und nicht erst wie bisher ab 25 Wohneinheiten. Dazu sollen noch 20 Prozent preisgedämpftes Wohnen kommen.

Thomas Tewes, Hauptgeschäftsführer des Kölner Haus- und Grundbesitzervereins, ist fassungslos. „Dieser Antrag muss als Frontalangriff auf die Wohnungswirtschaft verstanden werden. Anstatt den Wohnungsbau zu beflügeln, wird er nun weiter behindert.“ Vor allem ist Tewes über den Stil entsetzt, den die Parteien an den Tag legen. „Es geht genau so weiter wie bisher. Es wird im stillen Kämmerlein verhandelt und dann heißt es „friss oder stirb“. Dabei haben doch genau diese Parteien die Versprechungen zu mehr Transparenz von Oberbürgermeisterin Reker so gelobt.“

Darüber hinaus sieht Tewes abgegebene Versprechen gegenüber der Wohnungswirtschaft gebrochen. „Es war vereinbart, das man nach zwei Jahren das Kooperative Baulandmodell evaluiert um zu sehen, was es gebracht hat. Auch aus diesen Gründen hat sich die Wohnungswirtschaft im Wohnungsbauforum sehr kooperativ gezeigt. Diese Bereitschaft wird nun bestraft.“ Logische Konsequenz für Tewes ist, dass sich Investoren bei Verschärfung des Modells vom Markt zurückziehen werden. Erste Anzeichen hierfür gäbe es schon. Für viele seien 30 Prozent geförderter Wohnungsbau und 20 Prozent Preisbegrenzung nicht mehr zu rechnen.

Tewes: „Leider unterliegt die Politik dem fatalen Glauben, gebaut würde auf jeden Fall, man müssen nur sagen wie. Am Ende hat der Investor aber immer noch die Chance, vom Bauvorhaben gänzlich abzusehen. Und dass der Staat nicht in der Lage ist, selbst für ausreichend Wohnraum zu sorgen, ist hinlänglich bekannt.“

Ausreichend bezahlbaren Wohnraum werde es nur geben, wenn das Gesamtangebot an Wohnraum massiv erhöht werde. Tewes: „Wir sind meilenweit davon entfernt, an die benötigten Fertigstellungszahlen zu kommen. Die Politik unternimmt jetzt alles, damit das auch so bleibt. Diese Politik ist nicht verantwortungsvoll.“

Tewes fordert die Politik auf, den Weg der Kommunikation wieder einzuschlagen. „Alle großen Städte haben verstanden, dass es nicht gegen, sondern nur mit der Wohnungswirtschaft geht. Überall gibt es deshalb Bündnisse für Wohnen. Nur Köln hat das anscheinend nicht nötig. Die Zeche zahlen nachher all jene, die am Ende keine Wohnung finden. Die Verantwortung hierfür hat dann die Politik zu tragen. Deshalb sollte der vereinbarte Weg eingehalten werden: Evaluierung des Baulandmodells nach zwei Jahren und gegebenenfalls Anpassungen in Absprache mit der Wohnungswirtschaft.“